

Hartwig Löger  
Bundesminister für Finanzen



Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 16. November 2018  
GZ. BMF-310205/0154-GS/VB/2018

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1701/J vom 18. September 2018 der Abgeordneten Mag. Bruno Rossmann, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1., 2., 4., 5., 7., 8. und 10.:

Es gibt keine Basisfinanzierung von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) an Eco Austria. Mit dem Wirtschaftsinstitut besteht seit dem Jahr 2015 ein Rahmenvertrag (für die Jahre 2015 bis 2018) der vorsieht, dass Eco Austria jährlich Auftragsarbeiten (Studien o.ä.) für das BMF durchführt.

Es wurde mit Eco Austria ein Standardvertrag, wie er auch mit den anderen Forschungsinstituten besteht, abgeschlossen. Die generellen Bestimmungen basieren auf den Allgemeinen Rahmenrichtlinien für Förderungen.

Das BMF tätigte in den Jahren 2015 bis dato folgende Zahlungen an Eco Austria:

**2015:**

80.000 Euro für Berechnungen zur Reform des Pensionssystems und die Studie „Bundesländer Benchmarking – Forschungstätigkeit und Berechnungen zum Thema Finanzausgleich“ sowie eine im Jahr 2014 beauftragte Studie zur „Stärkung der Steuerautonomie in Österreich“.

**2016:**

50.000 Euro für Berechnungen zum Pensionssystem und die Studie „Befunde zur Effektivität der Aktiven Arbeitsmarktpolitik“.

**2017:**

40.000 Euro für die Studie „Budgetäre Auswirkungen der Fluchtmigration in kurz-, mittel- und langfristiger Sicht“.

**2018:**

40.000 Euro für die Studie „Entwicklung eines Budgetprognosemodells basierend auf makroökonomischen Variablen“.

Zu 3.:

Mit ihrem Expertenwissen sind Wirtschaftsforschungsinstitute ein unschätzbar wichtiger Partner bei spezifischen Aufgabenstellungen und ressourcenintensiven Studien. Sie tragen zur wirtschaftlichen Beratung nicht nur des BMFs, sondern auch anderer Ressorts und einer breiten Öffentlichkeit bei. Das sind also Aktivitäten, welche einen öffentlichen Gut-Charakter aufweisen und an denen ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Die vereinbarten Forschungsinhalte umfassen:

- Die Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen,
- die Europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung,
- Reformen des Pensions- und Gesundheitssystems,
- Finanzausgleich,
- Arbeitsmarkt,
- Wettbewerbspolitik,

- Lohnbildung und Inflation.

Zu 6.:

Das BMF tätigte in den Jahren 2014 – 2018 Zahlungen im Rahmen bestehender Verträge an untenstehende Einrichtungen.

Diese bieten dafür die Bereitstellung öffentlicher Güter an, wie z.B. die Analyse der Wirtschaftsentwicklung und Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen (zB Konjunkturdiagnose für Österreich und dessen internationale Umgebung und mittelfristige Wirtschaftsprognosen als Grundlage für Berichtspflichten gegenüber der EU und für die Budgeterstellung), Aufbau und Nutzung von Expertise oder Informationsauftrag für nationale und internationale Organisationen.

Nicht nur das Bundesministerium für Finanzen hat einen hohen Bedarf, große gesellschaftliche Fragen der Gegenwart und Zukunft evidenzbasiert analysieren zu lassen und wissenschaftlich und methodisch fundierte Antworten zu bekommen, die unabhängig, neutral und auf hohem Niveau sind. Damit wird wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Wissen mit österreichischem Bezug geschaffen.

	WIFO	WIIW	IHS	BRUEGEL	Europäisches Zentrum
2014	3.850.000	900.000	3.283.056	99.609	100.000
2015	3.925.000	750.000	3.309.320	99.609	50.000
2016	4.000.000	789.250	3.546.545	99.609	30.000
2017	4.085.000	809.250	3.648.230	99.609	-
2018	4.167.000	829.250	3.600.000	99.609	-

Zu 9.:

Alle oben genannten Studien und Projekte wurden auf expliziten Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen erstellt.

Der Bundesminister:  
Hartwig Löger  
(elektronisch gefertigt)

